

Rezension, 12/2014
© Dr. Sabine Schiffer

Vor einigen Jahren erhielt eine kleine Umfrage zu Antisemitismus in der Linken etwas mediale Aufmerksamkeit. Die von bestimmten Kreisen hochgejubelte Magisterarbeit von Maximilian Imhoff kann ihren Ansprüchen zwar nicht gerecht werden, aber zum Aufzeigen einer subtil diffamierenden Kommunikationsstruktur ist sie geeignet. Die Debatten um „Antisemitismus in der Linken“ werden durch die „Studie“ nicht erhellt

Um es vorweg zu sagen, nicht die Auswertung der Umfrageergebnisse – der Bogen wurde von 218 (vermutlich) Linken vollständig ausgefüllt – ist empirisch fehlerhaft, sondern die Anlage der Items.

Irreführende Fragestellungen mit unterstellendem Charakter

Zunächst ist es im Sinne der Forschung durchaus legitim, wenn ein Fragebogen nicht das genaue Ziel der Untersuchung preisgibt, um nicht Antworten nahe zu legen. Mit der Begründung, spezifisch linke Ausdrucksformen von Antisemitismus ermitteln zu wollen, finden jedoch teilweise abenteuerliche Gleichsetzungen und Suggestionen statt (s.u.). Zur Teilnahme an der Befragung eingeladen wurden gezielt *Junge Welt* Leser und die Anhänger bestimmter linker Foren mit folgendem Text:

„Es geht um Fragen zu den Medien (Presse, TV, Radio) und Medienmacht sowie um politische Fragen über Ziele, Gesellschaftskritik und Meinungen. Dabei wird kein Wissen abgefragt, sondern Meinungen. Fast jeder Mensch ist täglich den Medien ausgesetzt. Dadurch besitzen die Medien eine große Präsenz im alltäglichen Leben. Gleichzeitig kommen in den bürgerlichen Medien bei politischen Themen nur „etablierte Akteure“ (z.B. Parteipolitiker, Unternehmenssprecher) zu Wort. Dies führt dazu, dass kritische „Randmeinungen“ kaum Beachtung in den Medien finden, obwohl es sie zweifelsohne gibt. Ziel der Befragung ist es Meinungen über politische Themen und über die Medien zu erfassen, die in der medialen Berichterstattung kaum Beachtung finden, um sie zur Diskussion zu stellen. Als ein politisches Thema spielt der Nahostkonflikt eine große Rolle in der Befragung.“¹

Fraglich ist, ob das eigentliche Forschungsziel, Antisemitismus in der Linken zu klären, mit der Einschätzung von Aussagen wie „Auf der Welt haben wenige Banken und Konzerne das Sagen“ oder „Jedes Volk sollte die Möglichkeit haben, auf seinem Gebiet selbstbestimmt leben zu können“ erreicht werden kann. Hier soll angeblich ein spezifisch linker Antisemitismus eingegrenzt werden. Statt dessen verbleibt das Konstrukt vielfach bei einer einfachen Gleichsetzung mit Antizionismus, etwa beim verallgemeinernden Nominativ im Item „Israel nimmt keine Rücksicht auf Menschenleben bei der Durchsetzung israelischer Interessen“.

¹ Mit Dank an den Autor für die Überlassung des Originalfragebogens!

Die Kontextklärung zur Ermittlung des jeweils mit „Israel“ Gemeinten – sind z.B. einzelne Politiker oder „die Juden“ als Ganzes im Fokus – kann eine solche Umfrage nicht leisten. Die Kontextklärung hat aber zu recht erneut die Expertenkommission des Bundestages² als erforderlich herausgestellt.

Statt klarer Antisemitismusdefinition bilden Unterstellungen eine Tautologie

Wie so oft in den Debatten, fehlt eine kritische Diskussion um die Definition von Antisemitismus, die Entlarvung der Sonderstellung von „Israelkritik“ und die Begriffskritik an einer ethnischen Verwendung der Bezeichnung "Semit", wie sie in der Fachliteratur bereits vorliegt.

Auch werden die fokussierten Medien nicht analysiert und klassifiziert. Statt einer Medieninhaltsanalyse wird versucht über eine „Leseranalyse“ Rückschlüsse auf die Sicht der Medien ziehen. Hier kommt es immer wieder zu Zirkelschlüssen und Tautologien, weil weder das eine noch das andere präzise geklärt, aber als Faktenbehauptung ständig aufeinander bezogen wird. Wie spekulativ gearbeitet wird, kommt in folgender Passage der Magisterarbeit zum Ausdruck:

„[Das Neue Deutschland] ..., dürfte in der radikalen Linken wegen des gemäßigten Auftretens aber eher eine nebensächliche Rolle spielen. Die Leserschaft sollte weniger dogmatisch sein.... In Bezug auf Antisemitismus lässt dies vermuten, dass ihre Leser nicht so stark zum Antisemitismus neigen ... Da sie aber einen marxistisch-leninistischen ... Hintergrund besitzt, könnten aber gemäß der theoretischen Annahmen Abgrenzungsprobleme zum Antisemitismus auftreten. In jedem Fall ist die Zeitung eher palästina-solidarisch.“ (S. 87/ Hervorh. von mir)

„Große linke Zeitschriften, bei denen zu erwarten ist, dass ihre Leser deutlich keine Antisemiten sind, sind die Wochenzeitung „Jungle World“ und die Monatszeitschrift „konkret“. Die Jungle World spaltete sich 1997 von der jungen Welt ab, weil der damalige Chefredakteur seine Redaktion von Linksradiakalen säubern [sic!] wollte. (S. 88)

Schließlich wird auf Medieninhalte geschlossen: „Die Zeitung, von der aufgrund ihrer Leserschaft angenommen werden kann, dass sie antisemitische Ressentiments bedient, ist die junge Welt.“ (S. 149) Diese Vorgehensweise ist antiaufklärerisch.

Was zeigen die ausgewählten Beispiele?

Das erste entspricht dem der Bundestagskommission: Der Anschlag auf eine Synagoge im Rahmen von Kritik an israelischer Politik am 9. November 1969. Neben diesem eindeutigen Beispiel für Antisemitismus durch die Verantwortlichmachung von Juden für die Politik Israels durch Linksradiakale, werden weniger eindeutige Fälle angeführt, wie zum Beispiel die Gaza-Flottille oder die Flugzeugentführung nach Entebbe, bei der umstritten ist, ob eine Selektion „jüdischer“ oder „israelischer“ Passagiere stattfand.³

Interessant sind die Beispiele, die eine „antisemitische Israelkritik“ belegen sollen: So wird vom Vorwurf des Mordes an Palästinensern eine Parallele zum historischen Mythos vom Ritualmord gezogen, die Wortwahl „Vernichtungskrieg“ setze israelische Militärhandlungen mit denen von Nazideutschland gleich, ebenso sei der Hinweis auf eine „Macht jüdischer Organisationen“ nichts als Nazisprache, und wenn sich Palästinenser über das mögliche Vergiften von Wasser beschwerten, dann erinnere dies an den Mythos des Brunnenvergiftens. Hier wird deutlich, wie durch Parallelisierung mit historischen Mythen oder Naziverbrechen aktuelle Handlungen von Israelis entweder mythisiert werden oder nicht mehr aussprechbar sind. Im Text klingt das so: "[...] demnach wäre Israel offen

² http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/37499490_kw04_antisemitismusbericht/index.html
³ Stevenson, William & Dan, Uri (1977): 90 Minuten in Entebbe. Ullstein.

rassistisch, als errichteten die Juden Vernichtungslager, als sei der abgesperrte Gaza-Streifen das gleiche wie das Warschauer Ghetto, ungeachtet dessen, dass es keine Vernichtungszüge aus dem "Ghetto" Gaza gibt, keine verhungern Menschen." (Hervorh. von mir) Die Situation vor Ort wird somit unansprechbar und unprüfbar. Zentral ist der Satz: "Israelkritik selbst wird in dem Fall antisemitisch, in dem sie den gängigen antisemitischen Ressentiments (Rachsucht, Blutrünstigkeit, politische und mediale Vormachtstellung etc.) gegen die Juden arbeitet und sie auf Israel anwendet."

Gezielte Begriffswahl zum Messen mit zweierlei Maß

Neben dieser Tabuisierungstechnik sind noch weitere aufschlussreiche Diskursstrategien zu beobachten.⁴ So wird in Anspielung auf die Forderung nach Einhaltung des Völkerrechts auch für Palästinenser Linken „völkisches Denken“ attestiert, während gleichzeitig moniert wird, dass den Israelis die Anerkennung als „Nation“ versagt bleibe. Einmal abgesehen von der innerjüdischen Diskussion um den Volksbegriff, beispielsweise durch Shlomo Sand, fällt hier auf, dass der Begriff „Juden als Volk“ gemieden und eben durch „Nation“ ersetzt wird, was verhindert, dass den sog. Israelsolidarischen „völkisches Denken“ unterstellt werden kann.

Derlei Substitutionen (Ersetzen von Begriffen) sind zahlreich: Linke Kritik am Liberalismus wird als Kampf gegen das positiv konnotierte „Privateigentum“ umgedeutet, während der negativ konnotierte Begriff „Privatisierung“ die Opposition zu den beobachtbaren Privatisierungsstrategien deutlich machen würde, die gerade die mittelständische Form von (Privat-)Eigentum bedrohen.

Neben dieser Vorgehensweise, linke Kritik am Kapitalismus zu diskreditieren, ermöglicht eine bizarre Geschichtsdeutung diese Kritik als „rückwärtsgewand“ zu bezeichnen: „Die Antisemiten des 19. Jahrhunderts profilierten sich mit einer Kapitalismuskritik, die das Ziel hatte, die modernen Entwicklungen aufzuhalten und an einem veralteten Produktionsverhältnis festzuhalten.“ Sollte es schließlich doch noch Zweifel am Vorhandensein antisemitischer Einstellungen geben oder die Faktorenanalyse nicht eindeutig genug diese beziffern, dann kann auf die Formulierung „Abgrenzungsproblem zu antisemitischen Ansichten“ ausgewichen werden. Und entsprechend vage heißt es auf Seite 50: „Antisemitismus hängt mit einer rückwärtsgewandten Kapitalismuskritik zusammen.“ (Hervorh. von mir)

Ziele antilinker Agitateure

Dies könnte auf eine unbedarfte Lektüre der zitierten antideutschen Literatur hindeuten, die Imhoff darum für qualifiziert erachtet, „da sie sich ausführlich mit dem Thema beschäftigt“. Vollkommen unkritisch wird auch auf Schriften des Verfassungsschutzes

⁴ Nach dem Fall der Mauer und dem Orientierungsverlust der linken Bewegung, entwickelten sich verschiedene Strömungen im Rahmen von Neuorientierungsversuchen. Als "antideutsch" kann man jene bezeichnen, die aufgeschreckt von den Pogromen wie in Lichtenhagen Anfang der 1990er Jahre eine Art Viertes Reich befürchteten und sich klar gegen mögliche Großmachtinteressen eines vereinigten Deutschlands stellten. Zur Bekämpfung dieser Tendenzen sah man in den USA als Träger der westlichen Zivilisation den geeigneten Partner. Der Interpretation der Golfkriegspropaganda 1991 folgend, die zum Beispiel Saddam Hussein mit Hitler gleich setzte, sahen viele in arabischen Despoten, Gesellschaften und der politischen Kultur ein Fortbestehen des deutschen Faschismus. Nicht zuletzt deshalb entstand eine besondere Beziehung zum Staat Israel, der gegen diese Vernichtungspotentiale und die „Wiederholung von Auschwitz“ zu schützen sei - notfalls mit Gewalt. Entgegen der Ursprungsrichtung würden viele etwa einem Irakkrieg (vermeintlich zugunsten Israels) befürworten. Bei aller Vielfalt der antideutschen Bewegung, sind zwei Elemente heute besonders dominant und verbreitet: 1. Israel gilt als "Jude unter den Staaten" und Kritik an israelischer Politik als verbrämter Antisemitismus. 2. Da der Kapitalismus, Geld und Profit mit dem Judentum assoziiert werden, sei auch ein Großteil der Kapitalismuskritik im Kern antisemitisch. Letzteres offenbart die antilinke Ausrichtung dieser Denkschule, da neben der Legitimation neoliberaler Wirtschaftskonzepte geradezu die begleitenden Kriege eingefordert werden. Nach dieser Lesart werden automatisch Kriegsgegner zum „Antisemiten“.

rekurriert, um linke Medienprodukte zu beurteilen und „Linksradikale bzw. Linksextreme“ zu erfassen, was bereits vor dem Skandal um die Zwickauer Zelle auf Grund der zugrunde liegenden Extremismustheorie Eckardt Jesses umstritten war. Die Naivität Imhoffs wird spätestens an folgender Stelle deutlich: "Antisemitismus unter Antideutschen zu suchen, ist sowieso ein Stück weit sinnlos." Schließlich: "Die Antideutschen solidarisieren sich mit Israel als Schutzstaat der Juden." Wie so oft, wird auch hier die Antisemitismusforschung, ignoriert, die den Philosemitismus als Rückseite der antisemitischen Medaille nennt: Die Gleichsetzung von Juden- mit Israelfeindschaft kann demnach ebenso rassistisch sein, wie eine „Juden- und Israelfreundschaft“.⁵

Die fundierte Studie von Wilhelm Kempf zeigt zudem auf, dass antisemitische Einstellungen unter sog. „Israelfreunden“ verbreiteter sind, als unter sog. „Palästinafreunden“. Dazu weiter unten mehr.

Die verräterische Fixierung auf den Nahostkonflikt – trifft auf die Behaupter zu

Sog. antideutsche Neigungen verraten sich spätestens dann, wenn es nur noch um die Rechtfertigung israelischer Politik geht. Hingegen trifft der Vorwurf einer Art Besessenheit bei der Beschäftigung mit Israel auf kritisierte Linken-Abgeordnete oft gar nicht zu. Betrachtet man etwa die Einsatzgebiete von Politikerinnen wie Inge Höger und Annette Groth auf deren Website, wo wird deren Themenvielfalt gemäß ihrem politischen Auftrag deutlich. Ob eine Fixierung auf den Nahostkonflikt vorliegt, hätte man in der Umfrage leicht ermitteln können – Items, die dies hätten ausschließen können, fehlen jedoch im Fragebogen. Auch die These, dass das Bekenntnis zum sog. Existenzrecht Israels durch Linksradikale nur ein opportunistisches Diskursritual darstelle und deshalb nicht zähle – sprich: diese Aussage sei nur von Antideutschen geäußert ernst zu nehmen – wird nicht von anderen Items im Fragebogen geprüft, sondern einfach im genannten Sinne interpretiert. Diese Relativierung wird abenteuerlich gerechtfertigt:

"Die Überzeugung vom allgemeinen Existenzrecht Israels kann nicht als Indikator für die Messung antisemitischer Einstellungen genutzt werden, da die soziale Erwünschtheit dieses Existenzrechts sowie der Vorwurf des Antisemitismus bei seiner Verweigerung hinlänglich bekannt sind."⁶

Die Tautologie der Nichtglaubwürdigkeit analog zum Hexentest entlarvt sich hier.

Sprachliche Tricks und deren Aufdeckung

Mittels linguistischer Analyse lässt sich zeigen, dass sprachlich das konstruiert wird, was man vorgibt untersuchen zu wollen. So wird beispielsweise das Adjektiv „bürgerlich“ im Fließtext eliminiert. Während im Fragebogen zwischen bürgerlichen und linken Medien unterschieden wird, gilt schließlich das, was zu „bürgerlichen Medien“ angekreuzt wurde, für „die Medien“ allgemein. Nur durch diese Textmanipulation machen sich die angeblich „antisemitischen Linken“ des Doppelverdachts schuldig, einerseits Medienmanipulation für gegeben zu halten, sich andererseits selbst für davor gefeit zu erachten.

Weitere Parallelisierungen bzw. Dopplungen in der Benennung steuern ihren Teil dazu bei,

⁵ Warum aber soll es in Israel nicht Rassismus und auch faschistische Tendenzen geben? (S. 15) Noch nie waren Opfer von Diskriminierung selbst vor eigenem Chauvinismus gefeit. Warum soll das in Israel anders sein, als anderswo? Weil "die Juden" etwas anderes sind? Besser als alle anderen? Also anders? Auch diese Verallgemeinerung, die philosemitische und idealisierende, gehört zu antisemitischen Denkmustern! So lässt sich die Frage "Wird Israel im negativen Sinne als besonderer Staat dargestellt?" (S. 81) umgekehrt auf die angeblich Antisemitismus-freien Antideutschen anwenden: Wird Israel im positiven Sinne als besonderer Staat dargestellt und damit markiert?

⁶ Vgl. dazu die Problematisierung des Diskursrituals um das „Existenzrecht“ in unserem Buch (Schiffer/Wagner), da gerade das Diskursritual dieses zur Disposition stellt – ein zumindest fahrlässiger Freundschaftsdienst.

dass die sog. „Israelkritik“ als „Judenkritik“ monosemiert wird. Die Gleichsetzung sieht etwa so aus: "Judenkritiker oder Israelkritiker heute reagieren bereits auf die bloße Nennung des Wortes <<Antisemitismus>> empfindlich. Denn es kommt ihnen so vor, dass es ein Vorwand sei, jegliche berechnete Kritik an Israel oder den Juden zu verbieten." (Hervorh. von mir) Die Kreation des analogen Begriffs „Judenkritiker“ scheint besonders effizient: "In der Zurückweisung des Antisemitismus durch Israel- oder Judenkritiker wird von verschiedenen Ressentimentstufen gegen Juden ausgegangen [...]". Man kann sich ausmalen, was dabei rauskommt, wenn man Antisemitismus mittels „38 israel- oder judenkritischer Items“ messen will. (Hervorh. von mir)

Sprachanalyse ermöglicht auch die Aufdeckung von Erwartungshaltungen: "Viele antiimperialistische Linksradikale solidarisieren sich nach wie vor mit dem "palästinensischen Volk." (Hervorh. von mir) Der eine Verzögerung implizierende Einschub „nach wie vor“ legt eine Entwicklungsrichtung fest, also eine Zielvorstellung. Auch hieran zeigt sich die fehlende Wissenschaftlichkeit der Arbeit.

Warum jedoch die im Fragebogen abgefragte Einflussnahme anderer Länder im interpretierenden Text so selektiv wider gegeben wird, erschließt sich mir nicht: Im Fragebogen stehen unter „Bitte beurteilen Sie, in wie fern die folgenden Staaten der Überwindung des Kapitalismus, hin zu einer klassenlosen Welt ohne Unterdrückung im Wege stehen“ zur Auswahl: Israel, Iran, USA, Deutschland, Venezuela, China. In der Auswertung werden dann nur noch Deutschland, China und der Iran Israel gegenüber gestellt – mit entsprechenden aus der Selektion folgenden Suggestionen.

Als Fakten getarnte Behauptungen

Subtil kommt eine Behauptung daher, die besonderer Betrachtung bedarf: "Die tiefe emotionale Empörung der Israelkritiker über Morde von israelischer Seite, über das Leid der Palästinenser, verlieren als Empörung über menschliches Leid ihre Glaubwürdigkeit, weil diese Empörung nur dort besteht, wo Juden die Täter sind, ansonsten aber menschliches Leid gemäß der allgemeinen "gesellschaftlichen Kälte" eher gleichgültig wahrgenommen wird." Hierzu wird als Beleg auf die Gesellschaftskritik von Theodor Adorno und Jean Ziegler verwiesen und nicht geprüft, ob die für unglaublich erklärten Gruppen denn überhaupt identisch sind und es sich nicht bei den Kritikern der Menschenrechtsverletzungen der einen auch um die Kritiker der anderen Menschenrechtsverletzungen handelt, während ein Großteil der Bevölkerung gleichgültig den Alltag verbringt und sich aber ebenso gleichgültig Israel-Palästina gegenüber verhält. Die Überprüfung dieser Zusammenhänge leistet die Kempf-Studie, die bisher viel zu wenig Beachtung fand.

Natürlich hilft der fromme Wunsch – „Wichtig ist hierbei zu beachten, dass die Aufgabe des Items ist, das Judenbild bei den Befragten zu messen, nicht tatsächliche Vorgänge in Nahost.“ – nicht, wenn die ausgewählten Items dafür nicht geeignet sind.

Während weder Kontrollitems noch eine Kontrollgruppe in Erwägung gezogen werden, lehnt Imhoff den Vergleich mit anderen Untersuchungen mit folgenden Begründungen ab: „Einerseits muss man sich auf die Chiffren linker Antizionisten einlassen. Anstatt von Juden im Allgemeinen ist deshalb im Fragebogen von besonderen Juden – z.B. Israelis, Zionisten oder pro-israelischen Organisationen – die Rede. Andererseits wird ein latenter Antisemitismus gemessen, denn für offenen genügen normale Bevölkerungsumfragen.“

Außerdem eigne „sich der entwickelte Fragebogen nicht für die Messung von Antisemitismus in der Mehrheitsbevölkerung, da er ein gewisses Interesse am Nahostkonflikt voraussetzt.“ Die Unterstellungen in der letzten Formulierung entlarven sich selbst. Und Imhoff entlarvt seine Zuweisungsversuche noch an anderer Stelle, wo es um

ein gewisses Verständnis für palästinensischen Terrorismus geht: „Fast die Hälfte aller linksradikalen „Pazifisten“ distanziert sich damit nicht von Gewaltanwendung und demonstriert die Sonderrolle, die die Juden für sie spielen.“⁷ Wieso sie damit eine „Sonderrolle“ von Juden demonstrieren, bleibt unklar, denn es wird nicht geklärt, ob derlei Gewalt nur spezifisch gegenüber Juden toleriert wird. Schließlich wurde nicht nach einer Legitimation des Kampfes der Tamil Tigers oder der kurdischen PKK gefragt, wo die Ergebnisse eventuell ähnlich ausgefallen wären.

Ziel und Zweck der Übung

Wer aber glaubt, es ginge tatsächlich um „die Juden“ und „Israel“ sieht sich getäuscht – denn diese dienen primär als Schablone für die Ablehnung linker Kritik an neoliberaler Wirtschaftspolitik. Das ist das zentrale Anliegen dieser Bewegung, die sich als links ausgibt. Dabei betreibt man das, was man dem politischen Gegner, der Linken, vorwirft: Die Instrumentalisierung von Juden. Indem man – wie bereits bei der Ablehnung von Occupy und Blockupy sehen konnte – alles, was irgendwie Wirtschaft, Geldpolitik oder das Bankenwesen kritisiert, als antisemitisch diffamiert, wird Kapitalismuskritik verunmöglicht. Dass man dabei selbst die Verbindung zwischen Geldthemen und Judentum unterstellt und konstruiert, nimmt man billigend in Kauf, denn – wie gesagt – um Juden und die Bekämpfung von Antisemitismus geht es nicht. Diese sind nur als Mittel zum Zweck gut für ganz andere Ziele. Wie perfide und unverblümt eine angebliche „Judenfrage“ mit der Kapitalismuskritik verknüpft wird, zeigt nicht zuletzt Imhoff.

Da der Marxismus-Leninismus als strukturell prädestiniert für Antisemitismus ausgemacht wird, sei die Kritik am Kapitalismus „strukturell antisemitisch“. Eine Gleichsetzung dieser Ideologie mit Nazisprache bzw. dem Nationalsozialismus wird dann über eine weitere Parallelisierung erreicht: Die Unterscheidung von Realwirtschaft und Kapitalwirtschaft entspräche nämlich der von „schaffendem und raffendem“ Kapital. Im Duktus von Nazisprache heißt es dann: "Wird Israel eine elementare Bedeutung für den Erhalt des Kapitalismus zugesprochen,⁸ ergibt sich daraus eine "diesseitige Eschatologie" und "politische Heilslehre", nach der der Weg zum Paradies über die Lösung der Judenfrage ginge." (Hervorh. von mir)

Im Fokus ist also in Wirklichkeit die "globalisierungskritische Linke".⁹

"Die globalisierungskritische Linke wehrte sich gegen Privatisierungen und Globalisierung und Liberalisierungen der Weltmärkte auf Kosten der Armen. Das Auftreten der globalisierungskritischen Linken in ihren politischen Kämpfen dabei war nicht prinzipiell fortschrittlich, es war oft antimodern; sie wollte auf gesellschaftlichen Eigentumsverhältnissen beharren [...] Wenn Kapitalismuskritik antimodern wird, weil sie die Möglichkeit der positiven Veränderung im Rückschritt sieht, droht sie, wie die Geschichte zeigt, eine Affinität zum Antisemitismus zu entwickeln."¹⁰

Die These am Schluss bleibt ohne Beleg.

Fazit

Statt also spezifisch linke Ausdrucksformen von Antisemitismus als „fakultative[n] Teil des Linksradikalismus“ zu ermitteln, treffen die auf Antisemitismus hindeutenden Merkmale auf

⁷ S. 122.

⁸ Der Text wurde vor dem Auftreten einer israelischen Occupy-Bewegung in Tel Aviv verfasst.

⁹ "Auf linker Seite wurde das Großkapital, von jeher kognitiv eng verbunden mit dem jüdischen Finanzkapital, als Urheber der neuen Globalisierung gesehen." Imhoff verlässt sich bei dieser steilen These, die er in eigenen Worten formuliert, auf eine einzige Quelle: Porat 2007. Aber auch der viel zitierte Rensmann belegt immer wieder die wirtschaftspolitische Agenda dieser Art von Antisemitismuskritik,

¹⁰ S. 75.

andere kollektive Ablehnungen auch zu: Etwa die Konstruktion identitärer Kollektive, die Personalisierung gesellschaftlicher Vorgänge, Verschwörungstheorien, man betrachte die aktuellen Thesen von einer „Islamisierung“ oder einer „Amerikanisierung“ der Welt. Als nichtrepräsentative Umfrage kann sie sowieso nicht den Anspruch erheben, „den linken Antisemitismus“ darzustellen. Sie bleibt zudem ein Konstrukt aus Hypothesen, die so angelegt sind, dass sie sich auf den ersten Blick selbst zu bestätigen scheinen.

Die bereits erwähnte Antisemitismus-Studie von Wilhelm Kempf, die als DFG-Forschungsprojekt umfassend angelegt ist und ermittelte Einstellungen zu einander in Beziehung setzt, bedarf der öffentlichen Diskussion. Sie korreliert Aussagen zum Nahostkonflikt und hält einige überraschende Ergebnisse bereit – etwa die erhöhte Gewaltbejahung durch sog. „Israelfreunde“.¹¹

Wie aber antilinke (= antideutsche) „Argumentation“ funktioniert, die subtil bis eloquent ihre manipulativen Botschaften verbrämt, wurde an der hier analysierten Umfrage deutlich. Es sind vor allem die Einseitigkeiten, Auslassungen und nicht gestellten Fragen, die es ermöglichen, die Linke und ihre Gesellschaftskritik durch Antisemitismusvorwürfe zu schwächen. Das dürfte in einer Zeit der Prekarisierung vieler Lebensverhältnisse und aufkommenden Protests eine wichtige Aufgabe antilinker Agenten zu sein.

Wie die Expertenkommission des Bundestages bereits anmahnte, steht eine reliable Untersuchung des Phänomens von Antisemitismus unter Linken weiterhin aus. Der Ansatz Wilhelm Kempfs scheint mir hierfür geeignet zu sein. Dabei gilt es nur abzusichern, dass tatsächlich das menschenrechtliche Interesse im Vordergrund steht und nicht weiter dem neoliberalen Spin zugearbeitet wird, Kritik an einem nicht funktionierenden Wirtschaftssystem, das erkennbar Hunger, Krieg und Flucht erzeugt, mittels

¹¹ Rolf Verleger kündigt das Erscheinen der Studie an und gibt eine erste Einschätzung: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Rassismus/verleger-kempf.html>